

Bürgerlicher Nationalstaat als Klassenkompromiss

Ein Erfolg der Klassen des Kapitals war die Verwirklichung der Idee des Nationalstaates. Mit Hilfe des Nationalstaates konnten bspw. Handelshemmnisse, wie Steuern zwischen einzelnen vorher relativ autonomen Teilen des Gebietes, abgebaut werden; durch eine einheitliche Währung konnte ein Wirtschaftsraum entstehen; einheitliche Regeln für den wirtschaftlichen Verkehr wurden erlassen. Die Kinder (der Lohnarbeitenden) werden mittels des nationalen Schulsystems durch die vermeintlich humanistische Bildung - die zwar einerseits die aufklärerische Tendenz in Richtung „Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen!“ (Immanuel Kant) vertritt, andererseits aber zugleich die Aufgabe der marktförmigen Zurichtung ebenso wie der klassenförmigen Positionierung hat - einerseits Stützen des Systems, andererseits potentielle WiderständlerInnen sobald sie den Mut haben, ihren eigenen Verstand zu bedienen und die Schlussfolgerungen auch praktisch zu vollziehen. Ebenso wie das „Bildungssystem“ und das „Rechtssystem“ ist auch der bürgerliche Staat ein widersprüchliches Verhältnis.

"In der materialistischen Theorie wird der Staat also nicht als eine von den Menschen bewusst eingerichtete, zweckbestimmte Organisation und schon gar nicht als Verkörperung eines 'Allgemeinwohls' begriffen, sondern als Form, die ein Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnis unter besonderen historischen Bedingungen annimmt und deren Herausbildung nicht die bewusste Tat, sondern gewissermaßen als ein sich hinter dem Rücken der Handelnden durchsetzendes Ergebnis von Klassenkämpfen, eben des Kampfes um das Mehrprodukt verstanden werden muss" (Hirsch 2005, 19).

Die andere Seite des Widerspruchsverhältnisses „Staat“ ist nämlich der relative Erfolg der Klassen der Lohnabhängigen. Innerhalb des Nationalstaates konnten Arbeits(schutz)gesetze erkämpft werden, die bspw. die Lage und den Umfang der Arbeitszeit betreffen, mittlerweile oftmals Mindestlöhne umfasst, ein Streikrecht beinhaltet, Renten- und Krankenversicherung (anfänglich paritätisch von Kapital und Arbeit finanziert) beinhalten. Der materialistische Staatstheoretiker Joachim Hirsch schreibt: "Auch in seiner parlamentarisch-demokratischen Form ist somit der Staat 'Klassenstaat'. Aber er ist nicht 'Instrument' einer Klasse. Seine 'Besonderung' und seine relative Autonomie gegenüber den sich bekämpfenden gesellschaftlichen Kräften machen es möglich, dass er zum Ort der Vermittlung der sozialen Kompromisse und Gleichgewichte wird, ohne die keine kapitalistische Gesellschaft überdauern kann: Erst innerhalb seiner und durch seine Apparatur kann sich so etwas wie die gemeinsame Politik der ökonomisch herrschenden, aber zugleich konkurrierenden und sich bekämpfenden Klassen und Klassenfraktionen herausbilden, und sie stellt gleichzeitig den institutionellen Rahmen zu einer sowohl repressiven wie ideologisch-materiellen Befriedigung der beherrschten und ausgebeuteten Klassen bereit" (Hirsch 1996, 24). Die antagonistische kapitalistische Produktionsweise auf bürgerlicher Grundlage kann ohne die (parlamentarische) Demokratie als Regulationsmodus zur Einhegung des Klassenwiderspruchs nicht existieren. Der Kapitalismus kann ohne einen staatsförmigen Rahmen, innerhalb dessen die kompromissförmigen Gesetze gelten, nicht existieren.

Drei Punkte sind bisher wichtig: Erstens: Das bisherige System ist keineswegs stabil, sondern die Klassengegensätze wirken weiter und sind lediglich strukturell relativ befriedet. Zweitens: Können die Klassengegensätze strukturell nicht mehr befriedet werden, weil es bspw. eine Krise im Kapitalismus gibt oder der Kapitalismus als Ganzes in die Krise gerät, dann transformiert sich der befriedete Klassenkampf in einem offenen Klassenkampf. Ob dieser Klassenkampf emanzipatorisch oder faschistisch ausgetragen wird, ob er überwiegend spontane Aufstände beinhaltet oder ob die Klassen der Lohnabhängigen eine Klasse mit Bewusstsein werden und ihre Aktionen und Ansichten in einer Einheitsfront zusammenführen ist ein offener geschichtlicher Prozess; er ist soziologisch

und philosophisch gesprochen: kontingent. Drittens definiert ein Nationalstaat immer ein Außen, Gebiete und Personen, die nicht zum Staatsgebiet gehören und die keine StaatsbürgerInnen sind.

„Wir sind stolz“ und ich bin nix

"Der Staat kann die politische Herrschaft nicht allein durch Repression oder nackte Gewalt sanktionieren und reproduzieren, sondern greift direkt auf die Ideologie zurück, die die Gewalt legitimiert und zur Organisation eines Konsenses bestimmter beherrschter Klassen und Fraktionen mit der politischen Macht beiträgt. Die Ideologie ist nicht etwas Neutrales in der Gesellschaft: Ideologie ist immer Klassenideologie. Vor allem die herrschende Ideologie ist eine wesentliche Macht der herrschenden Klasse" (Poulantzas (1978) 2002, 57). Ein Element der herrschenden Ideologie ist die zur widersprüchlichen Wirklichkeit gewordene Idee der „Nation“. Einerseits erlaubt die „Nation“ eine Spaltung der ausgebeuteten Klassen entlang nationaler Grenzen. So können Klassen und Bevölkerungen gegeneinander ausgespielt werden. Andererseits ist der Nationalstaat (ebenso wie die Kommune oder das Bundesland) der Ort mit entsprechend ausgestatteten Institutionen an dem die Klassenkompromisse erkämpft werden (vgl. Hirsch 2005, 148). Innerhalb des Kapitalismus ist es im Idealfall die reale Verbesserung der Lage der lohnarbeitenden Klassen, schlechtestenfalls die Verteidigung bisher erkämpfter Rechte. Der wohlfahrtchauvenistische Klassenkompromiss ist die materielle Basis zum Fortbestand des Kapitalismus, wie auch zum umkämpften und stets prekären Lebensstandard der lohnarbeitenden Klassen. Dem materiellen Klassenkompromiss steht die Ideologie des Nationalstolzes zur Seite. Die ausgebeuteten Klassen kompensieren mit dem Nationalstolz ihre individuelle Unterworfenheit. "Die Konstruktion einer alle Gesellschaftsmitglieder umgreifenden 'nationalen Identität' hat die Funktion, Klassengegensätze zu verschleiern und Klassenkämpfe zu neutralisieren" (Hirsch 2005, 66). Der subjektive Sinn, sich selbst aufzuwerten indem die Unterworfenen sich selbst als Teil einer größeren vermeintlich erfolgreichen Gemeinschaft konstruieren, hat die objektive, dem persönlichen Sinn widersprechende, Bedeutung, die eigene Klassenposition nicht zu schärfen und zu stärken, sondern diese zu untergraben. Dies hat selbstschädigende Folgen, wie ich noch zeigen werde.

Anders als die ausgebeuteten und unterworfenen Klassen haben die herrschenden Klassen nationenübergreifend ein Bewusstsein von sich selbst als herrschender Klasse. Sie stehen sich bei, wenn ihre Grundlagen bedroht sind, wie es bspw. die Preußen taten, als die Pariser Commune die erste soziale Revolution probierte oder als Salvador Allende den Versuch eines demokratischen Sozialismus wagte und mit Hilfe der CIA und dem Militär besiegt wurde. Ich belasse es bei den beiden Beispielen.

Die Herrschenden verbreiten und feiern die Ideologie des Nationalismus, sind aber selbst international und nur am eigenen Wohlergehen orientiert. "Aber niemals ist der Nationalismus etwas anderes gewesen als der Schrittmacher für die Interessen, für die Profite der herrschenden Klasse. Denn die herrschende Klasse versteht den Patriotismus auf ihre Art. Sie organisiert ihre "blutige Internationale" und macht auf Kosten der Völker ihre patriotischen Geschäfte mit Freunden und Feinden. Sie kennt keine Parteien und keine Nationen. Wenn es sich um Profite handelt und um Unterdrückung der Arbeiterklasse, dann ist der Kapitalismus international, und dann wird sogar der Erbfeind zum Verbündeten" (Arthur Müller-Lehning). Demgegenüber steht die „Engherzigkeit des Denkens, die allen nationalistischen Bestrebungen eigen ist“ und sich selbst „jeden breiteren Ausblick verstellt“, wie Rudolf Rocker schreibt und weit verbreitet in den unterworfenen Klassen ist.

Umkämpfter Patriotismus

Der Nationalismus ist aber nichts Fertiges, sondern umkämpft und in den unterschiedlichen Nationalstaaten unterschiedlich ausgeprägt und mit unterschiedlichen Gesetzen gestützt. Es gibt weniger Nationalstaaten als es vermeintliche Volksgemeinschaften gibt, so dass jede „Nation“ sich aus unterschiedlichen „Kulturen“ zusammensetzt (für Deutschland beispielhaft und nicht vollzählig: „dänische Minderheit“, „Sorben“, „Friesen“ usw.). "Wir sollten nationale Kulturen nicht als etwas Einheitliches, sondern als einen diskursiven Entwurf denken, der Differenzen als Einheit oder Identität darstellt. Sie sind von tiefen inneren Spaltungen und Differenzen durchzogen und nur durch die Ausübung kultureller Macht 'vereinigt'. [...] Alle modernen Nationen sind kulturell hybrid" (Hall 1994, 206 f.). Eine „Nation“ wird hergestellt, Regionen zusammengeschlossen, eine Nationalsprache, wie das „Hochdeutsch“, per Gesetz festgeschrieben, ein nationaler Feiertag eingerichtet, „nationale“ Geschichte geschrieben und gelehrt usw. usf.. Andererseits gibt es die Gegenbewegung sowohl ökonomisch als Internationalisierung wie kulturell die „Mc Donaldisierung“, womit die Verbreitung einer kulturellen USA-hegemonialen Lebensweise auf allen Erdteilen gemeint ist. Es gibt „machtvolle Versuche, im Angesicht der Hybridität und der Verschiedenartigkeit reine Identitäten wiederzuschaffen und Kohärenz, 'Schließung' und Tradition wiederherzustellen, z.B. die Rückkehr des Nationalismus in Osteuropa und der Aufstieg des Fundamentalismus" (Hall 1994, 219).

Der Nationalstolz ist nicht lediglich eine von oben verordnete Staats-Ideologie, sondern eine, die aktiv von den ausgebeuteten Klassen mit getragen wird. Eine Staats-Ideologie, die selbst umkämpft ist. Da verträgt sich der (alte) biologische Rassismus nicht mehr mit dem (neuen) Rassismus des „nützlichen Zuwanderers“, der wichtig ist für das „deutsche“ Wohlergehen und den Erfolg Deutschlands in der Welt. In der Konstruktion des Nationalismus ist umkämpft, wer wie dazugehört, wer wie welche Position einnehmen darf und soll und wie mit denen umzugehen ist, die nicht dazugehören sollen. "Zu einem tieferen Verständnis des Staatsrassismus muss man sich klar machen, dass dieser bei der Bevölkerung keineswegs durch einfache Machtausübung oder Manipulation durchgesetzt werden könnte (dies würde seiner benannten Funktionalität für die Machtsicherung zuwider gehen), sondern schon in sich so konstruiert sein muss, dass er die 'Akzeptanz' der Bevölkerung deren Bereitschaft, das Mehrheits-Minderheits-Spiel mitzuspielen, erreichen kann. Den strategischen Kern des offiziellen Rassismus bildet demgemäß [...] die diskursive Selbstverständlichkeit des 'Herr-im-Hause-Standpunkt(s). Dieser äußert sich in der Auffassung, dass die Existenzberechtigung der Fremden, Nicht-Dazugehörigen davon abhängt, wieweit sie für die 'eigenen Belange' von Nutzen oder Nachteil sind' (Osterkamp). Darin liegt einerseits das Angebot einer Aufwertung der jeweiligen Mehrheits-Angehörigen gegenüber den Angehörigen der Minderheit: du bist es, der uns wichtig ist, auf den es uns ankommt, und du hast selbstverständlich das Recht, deine Interessen auf Kosten der (wertlosen) Minderheits-Angehörigen durchzusetzen. Andererseits aber hat dieses Angebot auch eine Kehrseite: Es gilt selbstverständlich nur, wenn du dich tatsächlich der Vergünstigungen als würdig erweist, dich anständig, unauffällig, loyal benimmst, d.h. die herrschenden Machtverhältnisse nicht in Frage stellst" (Holzkamp 1997, 324). Der staatliche Rassismus ist also nicht lediglich institutioneller oder struktureller Art, nicht nur eine Top-down-Ideologie, sondern eine Staats-Ideologie welche den Menschen zugewandt ist. Die Menschen werden als handelnde Subjekte angerufen; sie erkennen, dass sie gemeint sind, übernehmen die Staats-Ideologie kritiklos oder deuten sie entsprechend ihrer Erfahrungen und Einstellung subjektiv um oder widerstehen ihr. Zur Funktionsweise von Ideologie schreibt Althusser: „Wir behaupten außerdem, daß die Ideologie in einer Weise 'handelt' oder 'funktioniert', dass sie durch einen ganz bestimmten Vorgang, den wir Anrufung (interpellation) nennen, aus der Masse der Individuen Subjekte 'rekrutiert' (sie rekrutiert sie alle) oder diese Individuen in Subjekte 'transformiert' (sie transformiert sie alle). Man kann sich diese Anrufung nach dem Muster der einfachen und

alltäglichen Anrufung durch einen Polizisten vorstellen: 'He, Sie da!' Wenn wir einmal annehmen, daß die vorgestellte theoretische Szene sich auf der Straße abspielt, so wendet sich das angerufene Individuum um. Durch diese einfache physische Wendung um 180 Grad wird es zum Subjekt. Warum? Weil es damit anerkennt, daß der Anruf 'genau' ihm galt und dass es 'gerade es war, das angerufen wurde' (und niemand anderes)“ (Althusser).

Die Anrufung ist widersprüchlich. Zum einen soll es in meinem Lebensinteresse sein, mich als Teil der Mehrheitsbevölkerung zu definieren, denn ich erhalte Privilegien, wie Lohn statt Lebensmittelgutscheine, oder ich kann als LohnarbeiterIn mit Vertrag bezahlt krank sein und als illegale/r MigrantIn nicht. Andererseits ist der Patriotismus umkämpft, wandelbar, konservativ und veränderungsfähig zugleich. Im Spielfeld der unterschiedlichen Interessen laufen die Mitspielenden stets Gefahr aus dem Team zu fliegen, nicht mehr Teil der Mehrheit, sondern Teil der Minderheit zu sein. Herrschaftskonformes Verhalten ist der abverlangte Preis im Team zu bleiben (vgl. Holzkamp 1997, 326 f.).

Wenn ich mich also an der staatlich-nationalen-rassistischen Ideologie beteilige, weil ich davon profitiere, lebe ich auf Kosten anderer, beteilige mich an Diffamierungs- und Ausgrenzungsmechanismen – ich trete also nach unten und buckele nach oben – und zugleich helfe ich mit, dass die Klassen des Kapitals mir gegenüber mächtiger werden und ich selbst kleiner werde. Marx schreibt: „Die Akkumulation von Reichtum auf dem einen Pol ist also zugleich Akkumulation von Elend, Arbeitsqual, Sklaverei, Unwissenheit, Brutalisierung und moralischer Degradation auf dem Gegenpol, d.h. auf Seite der Klasse, die ihr eignes Produkt als Kapital produziert“ (MEW 23, 675). Und darin liegt die Selbstschädigung, wenn ich mich auf die Seite der Herrschenden schlage. Die Entscheidung ist eine aktive, denn ich bin stets in der Lage „meine Position“ bspw. am Stammtisch zu begründen und zu verteidigen. "Wenn ich mich also dem mir 'nahegelegten' Hass gegen die Fremden 'bewusstlos' überlasse, d.h. über den staatlichen Rassismus zur Vermeidung von Konflikten mit den Herrschenden schweige, so ist dies meine Wahl gewesen" (Holzkamp 1997, 337). Nun ist Anpassung, Fleiß und herrschaftskonformes Verhalten zwar Bedingung, um vom vermeintlich kleinen Kuchen etwas abzubekommen, aber eine Garantie sind diese Verhaltensweisen nicht. Bekomme ich nichts vom Kuchen ab, weil der Kapitalismus wieder mal in einer Krise steckt oder das Kapital rationalisiert um höhere Profite zu bekommen, der Staat bisher erkämpfte Rechte zu Gunsten der Klassen des Kapitals abbaut, ich nicht mehr Teil der Mehrheit bin, sondern jetzt zur Minderheit gehöre, dann kommt rassistischer Frust auf. "Die Erfahrung, nicht dafür belohnt worden zu sein, dass man die Härten des Arbeitslebens immer 'ohne Murren' ertragen hat, führt zu tiefen Enttäuschungen. Die damit verbundene Aggression wird von vielen Medien und Politiker(inne)n auf andere soziale Gruppen gelenkt, welche angeblich den Zumutungen der Arbeit nicht ausgesetzt sind und 'trotzdem gut leben', seien es Asylsuchende, Sozialschmarotzer oder Politiker, 'die es sich richten'" (Flecker; Hentges 2007, 172). Wir erinnern uns an den [ersten Artikel](#) dieser Serie, und dass dem fleißigen Arbeiter ein rassistisch als fauler Parasit konstruiertes Gegenüber zur Disziplinierung beiseite gestellt ist.

Rassismus als nationalstaatliche Normalität

Das Konstrukt des Nationalstaates bedingt eine stets umkämpfte Definition dessen, wer aus welchem Grund StaatsbürgerIn ist und wer nicht. Wer keine StaatsbürgerIn ist, der/die unterliegt Sondergesetzen die in sich nicht nur ausdifferenziert sind, sondern auch abgestuft nach Herkunftsländern. Es gibt "in einer Demokratie im Grunde nur einen einzigen nachvollziehbaren Kern für den Begriff des Ausländers. Ausländer ist derjenige, der nicht im Inland, d.h. in dem Nationalstaat, ansässig sind, in dem er so bezeichnet wird. Engländer, Amerikaner, Chinesen, die in ihrem Land wohnen, sind für uns Ausländer. Kommen sie nach Deutschland, um hier zu bleiben, so sind sie keine Ausländer mehr. Dieser Begriff des Ausländers wird aber in der Bundesrepublik nicht benutzt. Während unser Grundgesetz nicht vom Ausländer sondern von Deutschen speziell und

sonst von Menschen spricht, sieht das 'Ausländergesetz' alle Personen, denen die deutsche Staatsangehörigkeit vorenthalten wird, auch wenn sie ihre Heimatländer mit dem Ziel verlassen haben, gerade in der Bundesrepublik bleiben zu wollen, um hier ihren ständigen Aufenthalt zu nehmen, als Ausländer an. [...] Der Begriff des Ausländers ist daher ein Begriff der bewussten Spaltung, der Absonderung, des Fremdseins. Ausländer ist man nicht, weil man zu einem anderen Land gehört, in dem man wohnt und seinen Aufenthalt nehmen will, sondern Ausländer ist man, weil man dazu gemacht wird. Unser Ausländergesetz trägt daher auch zu recht diesen Namen. Es grenzt aus, verweigert Bürgerrechte, gibt Personen einen Sonderstatus mit minderem Recht und suggeriert uns das Fremdsein von Menschen, mit denen wir studieren, wohnen und arbeiten" (Reifner 1993). Menschen aus unterschiedlichen Ländern unterliegen somit unterschiedlichen Rechten. Dass dies nichts mit den aufklärerischen Werten von Freiheit und Gleichheit zu tun hat ist offensichtlich.

In den 1920er Jahren macht Antonio Gramsci deutlich, dass es die staatliche Arbeitsmarktpolitik ist, die die Subjekte „wettbewerbsmäßig in die Position der Unterlegenen“ gegenüber dem Kapital versetzt (GH 6, 1271). Es ist aber ebenso auch die rassistische Gesetzgebung, die die MigrantInnen „wettbewerbsmäßig in die Position der Unterlegenen“ gegenüber den Lohn-ArbeiterInnen im Mantel des/der StaatsbürgerIn versetzt. Das die aufklärerische Losung von „Freiheit und Gleichheit“ im Kapitalismus nicht eingelöst wird hat nichts mit einem Versagen des Staates oder des Kapitalismus zu tun, sondern ist konstitutiver Bestandteil. Nach der „Befreiung“ aus dem Ständesystem brauchte das Kapital zum einen flexible Lohnarbeitende, zum anderen brauchte es aber auch Gesetze die garantierten, dass die Lohnarbeitenden den Platz in der bürgerlichen Gesellschaft einnahmen, der ihnen zugeordnet war. Die einen verkaufen ihre Arbeitskraft, die anderen bereichern sich an dieser und durch diese Arbeitskraft. Der Staat muss also „die individualisierten Agenten auf die Klassen verteilen, er muss die Agenten so formieren und abrichten, qualifizieren und unterwerfen, dass sie diese oder jene Klassenstelle einnehmen können, an die sie nicht von Natur oder durch Geburt gebunden sind; darin liegt die Rolle der Schule, aber auch der Armee, des Gefängnisses und der Verwaltung" (Poulantzas 2002, 103).

Staatlicher Rassismus im Wandel

Seit dem Sieg des Kapitalismus über den Staatssozialismus und den Pogromen gegenüber „Ausländern“ im wiedervereinigten und wiedernationalisierten Deutschland, kämpft der deutsche Staat um eine neue rassistische Deutung, eine, die sich vom Nationalsozialismus abgrenzt und den Erfordernissen der aktuellen kapitalistischen Gesellschaftsform entspricht. Es geht also nicht um eine Überwindung des deutschen Staatsrassismus im Angesicht neuer Pogrome nach 1945, sondern um ein Update.

"Mit der neuen Parole 'Deutschland braucht Einwanderer' ist jene Tour der Ausgrenzung außer Kraft gesetzt worden, die der Logik des Abstammungsgesetzes folgte und den ausländischen Lohnknechten, die für das deutsche Wachstum angeworben wurden, generell das Recht absprach, sich als Teil der hiesigen Bevölkerung zu verstehen. Ausgegrenzt und sortiert wird gleichwohl weiter, nur verläuft die Sortierung jetzt nicht mehr an der deutschen Abstammungsgrenze, sondern nimmt Maß am Nutzen von Ausländern für die deutsche Sache. Das ius sanguinis wird folglich in seiner gesetzlichen Fassung geändert, d.h. um das ius soli ergänzt, nicht aber in seinem politischen Zweck relativiert. Der Ausländer, dem ein Bleiberecht zuerkannt wird, hat nun mit eigenen Anstrengungen an sich herzustellen, was im Abstammungsgesetz als Eigenschaft des Blutes gilt, nämlich dass er integraler Teil eines deutschen Volkskörpers ist" (Huisken 2001, 116).

Der neue Diskurs beinhaltet zwei Ebenen. Auf der Ebene des Akkumulationsregimes braucht der

Neoliberalismus „Einwanderer“ bspw. in Form von „ausländischen Fachkräften“. Diese senken bspw. die Kosten des Staates für staatliche Ausbildungen wie Universitäten; ebenso werden die Kosten der Unternehmen gesenkt, die schon seit langem immer weniger bereit sind auszubilden. Es findet eine Externalisierung der Kosten in andere Länder statt. Die Abwerbung billiger, zu allem bereiten, „ausländischen Fachkräften“ führt zu einem Fachkräftemangel in den Herkunftsländern und somit zu einer wirtschaftlichen Unterlegenheit mit der Tendenz zur Destabilisierung der Herkunftsländer. Die staatsbürgerlichen Lohnarbeitenden sind nun ideologisch und praktisch angehalten, sich fit, fähig und billig für den Arbeitsmarkt zu halten (Stichwort: Employability). Aus- und Fortbildungen sollen bitte auf eigene Kosten in der Freizeit erfolgen. Auf der Ebene der Regulationsweisen müssen neue Gesetze erlassen werden, das Ausländerrecht verändert und Arbeitsgesetze neu geregelt werden. Dies bedarf der „Zustimmung“ der Beherrschten. Die „Zustimmung“ weicht tendentiell dem „Zwang“.

Der Prozess der Ideologieproduktion ist tendentiell offen (kontingent). Anders als im klassischen Marxismus gibt es also kein Determinationsverhältnis von Basis und Überbau, sondern ein sog. Artikulationsverhältnis, eine relative Autonomie beider analytischer Ebenen. "Rassistische Diskriminierung entsteht nicht nur im Zusammenhang mit staatlichen Regulationsformen, sondern auch durch Ideologiebildung. Die Ideologieproduktion findet sowohl im Zusammenhang mit der staatlichen Politik statt, als sie auch auf diese zurückwirkt. Trotz der Wechselwirkung mit der staatlichen Regulationspolitik behält der gesellschaftliche Diskurs ein unabhängiges Moment" (Dietrich 1999, 170).

Ein neuer Rassismus kann es sich nicht leisten im alten Gewand daher zu kommen. Die Herrschenden müssen heute anders vorgehen. Nach 1945 und der Niederlage des Faschismus kommt der Rassismus als Antisemitismus daher und ist somit nicht auf den ersten Blick als Rassismus zu erkennen. Es fällt auf, dass der staatliche Antifaschismus ganz auskommt ohne ein Programm zum Schutz der bisherigen und potentiellen neuen Opfer des staatsbürgerlichen Rassismus. Schon 2001 schreibt Freerk Huisken: „Da werden Obdachlose erschlagen, Ausländer durch die Straßen gehetzt, beschimpft, bespuckt und getreten, da werden Schwulentreffs belagert und Räumlichkeiten linker Gruppierungen überfallen, da werden diese, leider ziemlich normal gewordenen bundesdeutschen Ungeheuerlichkeiten neurdings sorgfältig registriert und als Beleg für die dringende Notwendigkeit staatlicher Intervention veröffentlicht - doch wer erwartet, dass den Politikern umgehend irgendeine erste, wenigstens prophylaktische Intervention zum Schutz der Angegriffenen einfallen müsste, wird auf der ganzen Linie enttäuscht. [...] Afrikanische Asylbewerber dürfen sich weiter in ihren Heimen verbarrikadieren, dabei sogar vom Fernsehen gefilmt werden und ansonsten auf den negativen Bescheid der Ausländerbehörde warten. Von den Obdachlosen, Homosexuellen, Behinderten und Linken wird erst recht kein Aufhebens gemacht. Der neue staatspolitische Antifaschismus weist die rassistische Feindschaftserklärung der Glatzen gegenüber 'Undeutschen' allenfalls symbolisch zurück. Jeder wirksame Eingriff zum Schutz der Ausländer unterbleibt" (Huisken 2001, 16).

Bei der staatlichen antifaschistischen Ideologieproduktion haben die lohnarbeitenden StaatsbürgerInnen zu lernen, dass nicht alle Opfer des Rassismus zu betrauern sind, sondern nur die Opfer der sog. „Rechtsextremen“. Opfer von Abschiebungen, die in ihrem Herkunftsland gefoltert und ermordet werden oder durch Krieg und Hunger ums Leben kommen sollen kritiklos hingenommen werden, denn das Verfahren ist rechtsstaatlich und die Menschen „illegal“. Nicht rechtsstaatlich und somit illegal ist es hingegen, wenn MigrantInnen durch Brandanschläge in Deutschland sterben. Der Staat kämpft um das Monopol des Rassismus und der Form rassistischer Gewalt. „Das Opfersortieren ist also zentraler Bestandteil der ganzen Kampagne" um einen neuen staatlichen Rassismus (Huisken 2001, 17, Fn 15).

Doch die „Opfer“ werden nicht nur selektiert nach staatlichen ausgeblendeten Opfern und staatsbürgerlichen inakzeptablen Opfern, sondern auch nach nützlichen und unnützlichen MigrantInnen. Da gibt es welche, die „uns ausnützen“ und unser „Sozialsystem plündern“ wollen und eben die Fachkräfte die gebraucht werden. Das ist die staatliche Sortierungsvorschrift an die sich die StaatsbürgerInnen halten sollen. Wer dies nicht tut ist „rechtsextrem“. Rechtsextreme werden gebraucht und vom Staat gefördert, wie die Untersuchungen zum Nationalsozialistischem Untergrund (NSU) offen legen. Anhand der ideologischen Auseinandersetzung mit den „Rechtsextremen“ kann die konservative bürgerliche Mitte ihr rechts-konservatives Profil schärfen und einen neuen Rassismus durchsetzen. Ausnützen wollen „uns“, dem neuen Rassismus zu folge, alle die, die auf staatliche Gelder angewiesen sind (dies gilt für AsylbewerberInnen ebenso wie für Hartz IV-lerInnen). "Der hiesige Eingeborene hält das allerdings nur für recht und billig und vergisst dabei, dass allein sein nützlicher Beitrag zum heimatlichen Gemeinwesen, nicht aber seine nationale Zugehörigkeit zum auserwählten Volk darüber entscheidet, welche 'Lebensqualität' ihm zugestanden wird" (Huisken 2001, 25). Mit anderen Worten, zwar spekulieren Teile der lohnarbeitenden Klassen auf einen Profit durch ihre Teilhabe am neuen Rassismus, doch muss diese Spekulation keineswegs aufgehen, sondern birgt stets die Gefahr, selbst „Opfer“ staatlicher Sortierungspolitik, staatlicher Regulierung zu werden, die mich als Lohnarbeitenden strukturell in der Position des Unterlegenen hält.

"Die inländische Arbeiterschaft hat deshalb in der zweiten Lektion zur Kenntnis zu nehmen, dass an ihnen dieselbe Sortierung vollzogen wird, wie sie für Ausländer gilt. Einheimische Arbeitskräfte mit originaldeutschem Pass werden gleichfalls - und zwar ebenfalls ohne Rücksicht auf ihre Lebensbedürfnisse - ausschließlich nach ihrer Nützlichkeit fürs nationale Kapital sortiert. Neu ist auch das nicht, neu ist jedoch, dass dies offengelegt wird; und zwar dadurch, dass Front gegen die Einbildung gemacht wird, Ausländer würden Deutschen die Arbeitsplätze wegnehmen. Mit der Greencard und ähnlichen Regelungen korrigieren deutsche Politiker praktisch den nationalistischen Wahn von Inländern, ihr Deutschtum stelle auf dem hiesigen Arbeitsmarkt ein Privileg dar. Sie eröffnen umgekehrt der nationalen Arbeiterklasse, dass die Zeiten eines nationalen Arbeitsmarktes der Vergangenheit angehören, dass es den nationalen nur noch als Teil eines europäischen Arbeitsmarktes und diesen nur als Segment des Weltarbeitsmarktes gibt; was bedeutet, dass sich der deutsche Arbeitsmann nach Lohn, Strapazierfähigkeit und Qualifikation mit jedem anderen Lohnabhängigen auf dem Globus vergleichen lassen muss. Und da dieser Vergleich schon eine Reihe von Jahren läuft, lässt sich ablesen, dass er mit Kosten verbunden ist: er kostet Lohnprozente, Gesundheit, Freizeit und gelegentlich den Arbeitsplatz überhaupt. [...] Über Arbeitsplätze in Deutschland entscheiden Inländer bzw. im Inland angesiedelte Betriebe, die ganz ohne Vorurteil nur nach ihren ökonomischen Kriterien weltweite Vergleiche anstellen" (Huisken 2001, 38). Der Preis für das „Wir“ ist hoch.

Die eigene Unterlegenheit wird ideologisch aufgebauscht durch Nationalstolz, da sind „wir“ besser als die „faulen Griechen“ oder zumindest sind „wir“ Fußballweltmeister. Kritisch sangen Bap nach der Wende:

„Denn wir sind wieder wer,
zwischen Alpen und Meer
und vom Rhein bis zur Oder,
wie lange nicht mehr !
Wir sind fürchterlich stolz,
schwenken schwarz, rot und gold,
singen Hymnen so laut,
wie lange nicht mehr !

Deutsch-besoffen vor Glück,
keinen Blick mehr zurück,
nur noch voran, wie Panzer
wie lange nicht mehr !
Wer nicht mitläuft hat Pech,
Auf die Seite ! Aus dem Weg !
Hier kommt Deutschland,
wie lange nicht mehr !“ (Bap – Denn wir sind wieder wer)

Die neue rassistische „Anrufung“ (Althusser) an die Staats-BürgerInnen im Sinne des Standortnationalismus lautet: "So wird denn mit der Kampagne eine ausländerpolitische Botschaft unters Volk gebracht, die da lautet: 'Alle mal herhören: Es gibt Ausländer, die uns nützen, merkt es Euch und haltet Euch dran!' Um diese Botschaft geht es! Zur Standortpolitik gehört ein entsprechender Standortnationalismus" (Huisken 2001, 25).

Huisken bringt den neuen Rassismus gut auf den Punkt und macht die Unterschiede zum Rassismus des Fordismus und dem Gastarbeiterrassismus deutlich. Er schreibt: "Fassen wir den Witz der neuen Sortierungsvorschrift noch einmal zusammen: Es verhält sich nicht so, dass durch sie jene Ausnahmen von der Regel nur noch einmal bekräftigt werden, die im Übrigen seit den Zeiten der 'Gastarbeiter'-Anwerbung schon immer praktiziert wurden. Es wird zum ersten eine neue Regel in die Welt gesetzt, mit der sich nationale Politik zur Nützlichkeit ganz bestimmter Ausländer fürs hiesige Kapital bekennt. Diese neue Regel basiert auf den inzwischen etablierten imperialistischen Prospektionserfolgen deutscher Politik. Zum zweiten wird die alte Regel vom prinzipiell unerwünschten Ausländer dadurch gerade noch einmal unterstrichen. Aber auch hier gibt es eine Neuerung, denn dessen Unerwünschtheit wird jetzt offen bei seinem richtigen Namen genannt und nicht mehr mit Finanzierungszwängen oder sich anbahnenden sozialen Katastrophen verkleistert: Da er zum deutschen Wachstum nichts beiträgt, gilt keines seiner noch so bescheidenen Anliegen und interessiert sein Elend nicht. Zum dritten schließlich erteilt die neue Sortierungsvorschrift der alten Ausweisungsregel eine zusätzliche Berechtigung, insofern der moderne globale Menschenhandel als neue Ausländerfreundlichkeit öffentlich vermarktet wird" (Huisken 2001, 27 f.). Der Prospektionserfolg Deutschlands, der Erfolg der weiter steigenden Wirtschaftskraft, greift in den nationalen Arbeitsmarkt anderer Länder ein. Klassen neuer LohnarbeiterInnen werden geformt und rassistisch legalistisch den bisherigen Klassen der Lohnarbeitenden zur Seite gestellt. Die Konkurrenz wird bewusst verschäuft: Teile und herrsche. Ein alter Trick der Herrschenden, hier im neuen Gewand.

Rassismus, Staat und Kapitalismus sind untrennbar verbunden. Rassismus ist kein „Versagen“ des Staates, wie es viele LINKE und Grüne öffentlich gerne dar stellen. Dies ist eine reformistische Position, welche glaubt, man könne antifaschistischer Teil dieser Gesellschaft und seiner Politik sein ohne Staat und Kapital grundlegend in Frage zu stellen. Wer daran mitwirkt, wirkt an einem neuen Rassismus mit, mag sein, dass er „humaner“ sein wird als der konservativ-bürgerliche Rassismus. An der Sortierung „Inländer“ - „Ausländer“ kommt der links-grüne Rassismus ebensowenig vorbei wie an der ideologisch-rassistischen Anrufung an die Staats-BürgerInnen und die juristische Codifizierung seines Rassismus.

Wandel des Staates – Rassismus und Autoritarismus sind eine gefährliche Mischung

Zum Abschluss dieses Artikels ist es notwendig, auf die aktuelle Staatsentwicklung seit der Krise des Fordismus in den 1970ern in aller Kürze einzugehen und seine tendentielle Entwicklung in die Zukunft einzublenden.

Nach den beiden verheerenden Krisen des Kapitalismus und den jeweils darauf folgenden beiden Weltkriegen, gab es kurzzeitig mindestens zwei Einsichten: 1. Die CDU hält 1947 in ihrem Ahlener Programm den Kapitalismus für nicht fähig, dem Wohlergehen des Volkes zu dienen. „Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden. Nach dem furchtbaren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch als Folge einer verbrecherischen Machtpolitik kann nur eine Neuordnung von Grund aus erfolgen. Inhalt und Ziel dieser sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung kann nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben, sondern nur das Wohlergehen unseres Volkes sein. Durch eine gemeinschaftliche Ordnung soll das deutsche Volk eine Wirtschafts- und Sozialverfassung erhalten, die dem Recht und der Würde des Menschen entspricht, dem geistigen und materiellen Aufbau unseres Volkes dient und den inneren und äußeren Frieden sichert.“ Zu einer grundlegenden Neuordnung kam es bekanntlich nicht. 2. Der offene Klassenkampf musste einem Klassenkompromiss weichen. Um die schlimmsten Folgen des Kapitalismus einzudämmen, entwickelte sich ein vermeintlicher „Sozialstaatskompromiss“. Die lohnarbeitenden Klassen wurden, auch durch harte Klassenkämpfe in Form von Streiks, am wirtschaftlichen Aufschwung beteiligt. Der massenhafte Aufstieg vom „einfachen Arbeiter“ zum „Kleinbürger“ mit Eigenheim, zumindest mit Schrebergarten, galt als erreichbar.

Allerdings geriet der Klassenkompromiss Mitte der 1970er Jahre in eine Krise, da die Klassen des Kapitals nicht mehr die angestrebten Profitraten erwirtschaften konnten, die Golddeckung der Währung die Wirtschaft bremste und die alten Produktionsweisen, ausgerichtet auf langlebige Konsumgüter, an ihre Grenzen kamen. Zudem war der Sozialstaat den Klassen des Kapitals im Weg. Die Think Tanks, die Denkwerkstätten des Kapitals, hatten schon längst ihre Netze geknüpft, Lobbyarbeit betrieben, so dass die Ideologie des Neoliberalismus Schritt für Schritt Wirklichkeit wurde. [Wer das Ganze ausführlicher nachlesen möchte, den/die verweise ich auf [Kapitel 1 – 9](#)]

Die Deregulierung durch den Neoliberalismus bewirkt eine Absenkung des Lebensstandards und eine zunehmende Spaltung der Gesellschaft. Weniger Sozialstaat dafür mehr Sicherheitsstaat ist die Folge.

"In den westlichen kapitalistischen Staaten erleben wir beachtliche Veränderungen. Man müsste blind sein [...], wollte man nicht wahrhaben, dass sich allmählich eine neue Staatsform durchsetzt. Eine Staatsform, die ich in Ermangelung eines besseren Terminus, als autoritärer Etatismus bezeichnen werde, ein Terminus, der die allgemeine Tendenz dieser Transformation anzuzeigen vermag: ein gesteigertes Anschreien sämtlicher Bereiche des ökonomisch-gesellschaftlichen Lebens durch den Staat sich mit dem einschneidenden Verfall der Institutionen der politischen Demokratie sowie mit drakonischen und vielfältigen Einschränkungen der sogenannten 'formalen' Freiheiten, die man erst wirklich schätzen lernt, wenn sie einem genommen werden. Obwohl einige dieser Veränderungen seit langen im Gange sind, stellt der gegenwärtige Staat verglichen mit seinen früheren Formen, einen eindeutigen Wendepunkt dar" (Poulantzas (1978) 2002, 231f.).

Doch Nicos Poulantzas macht deutlich, dass dies eine widersprüchliche Bewegung ist. Der autoritäre Staat ist keineswegs ein neuer Faschismus. So sehr ich die politische Arbeit der Antifa schätze, so problematisch ist einerseits die Gleichsetzung der aktuellen Entwicklung mit den da gewesenen Faschismen und andererseits sind nur wenige Menschen heute in der Lage Ähnlichkeiten mit gewesenen Faschismen zu erkennen. Theodor W. Adorno wird dieses Zitat zugeschrieben: „Ich fürchte mich nicht vor der Rückkehr der Faschisten in der Maske der Faschisten, sondern vor der Rückkehr der Faschisten in der Maske der Demokraten.“ Abgesehen davon, dass ich glaube, dass viele Menschen das nicht analysieren können, weisen sie

psychologisch jeden „Vorwurf“ zurück, denn sie sehen ja nicht so aus, wie die Menschen in den historischen NS-Dokufilmen usw. usf.

Für Poulantzas ist der Faschismus ein bürgerlich-kapitalistischer Ausnahmestaat, der die Niederlage der Massenbewegung der Arbeiterklasse voraussetzt. „Diese Niederlage öffnet der Faschisierung den Weg. Der Faschismus ist also niemals eine direkte und unmittelbare Reaktion auf die Zunahme der Volksbewegungen. Dort wo es heute eine echte Staatskrise gibt, existiert eine solche Niederlage nicht [...]“ (Poulantzas (1978) 2002, 238). Der autoritäre Staat, ich finde den Begriff politisierbarer und verständlicher, ist ein Wandel der bisherigen bürgerlichen Staatsformen; er ist aber kein Bruch dieser Staatsformen; er ist nicht einmal die Übergangsform zu neuen Faschismen. Der Faschismus "entspricht einer bestimmten Konjunktur der Klassenverhältnisse in ihrer Komplexität sowie institutionellen Merkmalen des Staates. Er bricht dabei mit den regulären Formen der Reproduktion der bürgerlichen politischen Herrschaft, kurz, er bricht mit der 'republikanischen Demokratie'" (Poulantzas (1978) 2002, 237). Widersprüchlich ist die Entwicklung des bürgerlichen Staates dahingehend, dass dieser einerseits, angesichts der zunehmenden sozialen Spaltungen, die autoritäre Durchsetzung kapitalistischer Wünsche eindeutig zunimmt. Andererseits dieser Staat zugleich ein Staat ist, „der mit dem Rücken an der Wand und vor einem Abgrund steht" (Poulantzas (1978) 2002, 222), da er weder vor noch zurück kann. Sein zentraler Kern, die kapitalistische Ökonomie, muss laufen. Er muss sie regulieren, sie unterstützen. Zugleich fehlen ihm durch die neoliberale Globalisierung zunehmend die Mittel und die Möglichkeiten. Dem neoliberalen Staat fehlen sowohl die Mittel die Krisen der kapitalistischen Ökonomie zu bewältigen noch die Mittel die wohlfahrtsstaatlichen Versprechen einzuhalten. Die Widersprüche zwischen den Erfordernissen den krisenhaften Kapitalismus am Laufen zu erhalten und der Herstellung eines ideellen und materiellen Konsenses zwischen Herrschenden und Beherrschten wird immer größer. „Sie werden damit Hauptfaktor von Krisen, die dadurch mehr als bloß ökonomische Krisen sind" (Poulantzas (1978) 2002, 197).

Der materialistische Staatstheoretiker Joachim Hirsch sieht 27 Jahre später die liberale Demokratie als Auslaufmodell. "Da politische Herrschaftsformen mit den jeweils vorhandenen ökonomischen Strukturen und Klassenbeziehungen zusammenhängen, verändern sie sich mit diesen, und somit auch das, was unter Demokratie verstanden wird. Die mit der neoliberalen 'Globalisierung' verbundenen ökonomischen und gesellschaftlichen Umwälzungen bewirken, dass die liberalkapitalistische Demokratie, so wie sie sich seit dem 18. und 19. Jahrhundert herausgebildet hat, den Charakter eines Auslaufmodells erhält. [...] Mit der neoliberalen Transformation des Kapitalismus und des Staatensystems scheint diese Entwicklung an ihrem Ende angelangt zu sein" (Hirsch 2005, 202f.). Hirsch macht aber auch deutlich, dass das Ende der liberalkapitalistischen Demokratie nicht gleichzusetzen ist mit Faschismus. Der Neoliberalismus hat dazu geführt, dass die Spaltungen der Gesellschaft zugenommen haben und die soziale Integration zunehmend untergraben wird. Strukturell entwickeln sich „quasi feudale Abhängigkeiten“ (Hirsch, ausführlicher [hier](#)) auf allen Ebenen, sowohl zwischen den Staaten als auch innerhalb der Staaten. „Die Entwicklung der Produktivkräfte untergräbt also auch die Möglichkeiten zur Gewährleistung der politischen Form des Kapitalismus" (Hirsch 2005, 220). Für die bürgerlichen Parteien wird es schwieriger ein Politik zu formulieren und umzusetzen, die auf den längerfristigen Bestand gerichtet ist. Das internationale Kapital nutzt die Regelungen und die Kräfteverhältnisse der konkurrierenden Nationalstaaten flexibel für seine Interessen. Zu seinen Interessen gehört jedoch immer weniger die gesellschaftlich-politische Stabilität und die bisherigen „Klassenkompromisse“ in den Nationalstaaten. Da dadurch die Besteuerung immer schwieriger wird, fehlen den Staaten die Mittel für den sozialen Ausgleich des Klassenwiderspruchs. „Die Folge ist, dass gesellschaftliche Spaltungen und Konflikte zunehmen und soziale Kohäsion verstärkt repressiv und ideologisch hergestellt werden muss. Der generell feststellbare Ausbau des Sicherheits- und

Überwachungsstaates sowie die wachsende Bedeutung populistischer Mobilisierungsstrategien weisen darauf hin. Liberaldemokratische Systeme im reicheren Teil der Welt transformieren sich tendenziell zu Organisationen wohlstandschauvinistischer Privilegienverteidigung, deren demokratische und universalistische Qualität erodiert" (Hirsch 2005, 200 f.). Beim Punkt „wohlstandschauvinistischer Privilegienverteidigung“ schließt sich der Kreis, und wir sind wieder beim (staatlichen) Rassismus angelangt. [Hierzu in einem späteren Kapitel mehr] Politische Widersprüche, Demonstrationen und Aufstände werden zunehmend mit Gewalt „gelöst“. "Das Zurücktreten unmittelbarer physischer Gewalt im Zuge der Durchsetzung des kapitalistischen Produktionsverhältnisses wird tendenziell wieder aufgehoben" (Hirsch 2005). Die Wieder-Zunahme zwischenmenschlicher Gewalt, sei es in Familien, gegenüber Rettungskräften, im öffentlichen Raum etc. pp. ist eine Entwicklung, die andere die Zunahme staatlicher Gewalt gegenüber seinen Staats-BürgerInnen. Bei beiden Entwicklungen gibt es einen direkten Bezug zu den sich veränderten Produktionsverhältnissen im Kapitalismus.

Der bürgerliche Staat birgt in sich immer die Gefahr eines Umschlags in eine Diktatur. Denn zur Einhegung des Klassenkampfes braucht es immer einen Gewehr bei Fuß stehenden starken Staat. Dieser muss in der Lage sein, „soziale Konflikte wenn nötig mit Gewalt zu befrieden, Interessen zu neutralisieren und Ansprüche abzuwehren“ (Hirsch 2005, 208). Dem Neoliberalismus gilt Ungleichheit als ökonomisches Stimulans welche die auf Konkurrenzfähigkeit zielenden gesellschaftlichen Strukturanpassungsprozesse vorantreibt (vgl. ebd.). In diesem Punkt bin ich der Meinung von Otto Bauer und Joachim Hirsch, dass der Faschismus die aufbegehrenden Arbeiterklassen für das Kapital besiegt und nicht, wie Poulantzas es schreibt, die Arbeiterklasse vorher besiegt ist. Das bedeutet eben auch, dass wohlfahtschauenistisch rassistische Besitzstandswahrung einerseits und autoritärer Staat andererseits eine sehr gefährliche Tendenz beinhalten hin zu einem Bruch mit der bürgerlichen Form des Kapitalismus. Neben einer Re-Feudalisierung ist dies die zweite mögliche Tendenz für die Zukunft.

Auch wenn ein dritter großer Krieg vorbereitet wird, hängt alles von der Entwicklung des Kapitalismus [ceteris paribus, also gleichbleibend, sind die derzeitigen Kräfteverhältnisse unterstellt] ab. Die Kernfrage ist meines Erachtens: Gelingt es dem Kapitalismus seine derzeitige Krise mit Innovation und Repression zu überwinden oder bedarf er Krisenlösungsstrategien jenseits seiner bürgerlichen Verfasstheit und jenseits bisherigen internationalen Regulierungen? Wird der Kapitalismus nur durch Krieg zu retten sein?

Die Antwort darauf bewegt sich noch im Rahmen der Spekulation. Daher lohnt ein näherer Blick auf den autoritären Staat, da er die aktuelle Krisenlösungsstrategie ist. "Da grundlegendere politische Alternativen bei Wahlen nicht zur Disposition stehen und Politik unter dem Diktat der 'competitive austerity' für große Teile der Bevölkerung eine Verschlechterung der Lebensbedingungen bewirkt, kommt es zu einer Veränderung der politischen Integrations- und Legitimationsmuster. Im Gegensatz zur massenintegrativen 'Volkspartei' der fordistischen Ära, die sich mit einer reformistischen Verteilungspolitik zu legitimieren suchte, dominiert im System der medialen Apparateparteien ein populistischer Legitimationsdiskurs. Dieser operiert mit Personalisierungen, Feindbildern, Bedrohungsszenarien und der Konstruktion fiktiver Gemeinsamkeiten, mit denen reale Interessenlagen und Konflikte verschleiert werden und oft nationalistische und rassistische Züge aufweist [Steinert 1999, 2005]" (Hirsch 2005, 207). Das heißt, dass sowohl die innerstaatliche Militarisierung wie auch der staatliche Rassismus Teil der neoliberalen Krisenlösungsstrategie sind. Sie sind also keineswegs ein Fehler den es zu beheben gilt, sondern notwendiger Bestandteil. Schon früh brachte Poulantzas dies auf den Punkt, wenn er schrieb: "Der autoritäre Etatismus ist auch die Wahrheit, die sich aus den Trümmern des Mythos vom Wohlfahrts- oder Wohlstandsstaat erhebt" (Poulantzas (1978) 2002, 242). Aber er ist auch die

Wahrheit, die sich aus den nichteingelösten Versprechen des Neoliberalismus ergibt. Dies bedeutet jedoch nicht das baldige Ende des Neoliberalismus, sondern deutet eher auf eine Aktualisierung im Neoliberalismus hin. „Vielleicht sind bestimmte Formen des Autoritarismus und die militärische Regulation des Weltmarktes ein integraler Bestandteil des neoliberalen Konsenses" (Candeias 2004, 330 f.).

Die nationalen „Wettbewerbsstaaten“ (Hirsch) stehen in Konkurrenz zueinander und versuchen dem Kapital die bestmöglichen Bedingungen zu bieten und die Sozialstandards, die erkämpften Rechte der Arbeiterklassen, soweit wie möglich abzusenken. Die Spaltung der Klassen der Lohnarbeitenden entlang nationaler Grenzen ist dabei eine Strategie der Herrschenden, die im klassenübergreifenden Nationalismus seine ideologische Ausblendung der realen Verhältnisse findet. Klassen und Bevölkerungen werden gegeneinander ausgespielt und gleichzeitig werden „wohlfahrtschauvenistische Koalitionen“ zu Lasten von Minderheiten geschmiedet und rassistisch aufgeladen (vgl. Hirsch 2005, 148).

Fazit

„Jede kapitalistische demokratische Staatsform enthält totalitäre Tendenzen“ (Poulantzas (1978) 2002, 238). Nicht nur, dass soziale Spaltungen mit Gewalt „befriedet“ werden, auch die bisherige Verfasstheit des Kapitalismus verändert sich. Der neoliberale Kapitalismus tendiert dahin, den Kapitalismus von seiner bürgerlich-demokratischen Form zu lösen. Damit wird zugleich das Ende der Epoche der Aufklärung eingeleitet.

Beibehalten wird einerseits die nationalstaatliche Grenzziehung. Sie ist stets umkämpft, sowohl militärisch als auch ideologisch. Ideologisch schwankt sie bspw. zwischen Öffnung der Grenzen für das Kapital und Schließung für Menschen. Die Grenzen bürgerlich-liberaler Offenheit und Begrenzung ist ein umkämpftes Widerspruchsverhältnis. Rechtlich wird die Grenzziehung genutzt, dem Kapital unterschiedliche Formen von Lohnarbeitsverhältnissen zu zuführen und die Klassen der Lohnarbeitenden zu spalten [hierzu später mehr, wenn es um Rassismus und Klassenverhältnisse geht]. Andererseits werden wohlfahrtschauvenistische Koalitionen geschmiedet, die einerseits materiell abgesichert werden, denn legal Arbeitende können sich bspw. auf einen Mindestlohn berufen wohingegen illegal Arbeitende dies i.d.R. nicht können. Die arbeitende Konkurrenz ist dann mal „Schwarzarbeiter“, mal ein „fauler Neger“. Statt die Ursachen zu erkennen und diese zu beseitigen, verbünden sich Teile der lohnarbeitenden Klassen mit den Herrschenden und handeln damit selbstschädigend. Sie zeigen immer mehr ihre Bereitschaft nicht nur am Stammtisch rumzupöbeln und rechts zu wählen, sondern sie „verteidigen“ ihren „Wohlstand“ zunehmend mit Gewalt gegen MigrantInnen und gegen jegliche Minderheiten wie bspw. „Homosexuelle“ die für sich das Recht in Anspruch nehmen keine Minderheit mehr zu sein, sondern auch was vom künstlich rationierten Mehrheitskuchen abhaben zu wollen.

Anders Leben

Anm.: Literaturverzeichnis wird am Ende der Artikelserie online gestellt.